

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 290 Jahrgang 214

Bezugspreis: für Käufer und abonnierende Bezugs monatlich M. 1,46, vierteljährlich M. 2,26, halbjährlich M. 4,46, jährlich M. 8,92. Durch die Post bezogen jährlich postal. Bezugs. **Geschäftliche Halle-Soale:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5800 und 5610. — Postfach: Leipzig 20512. **Morgen-Ausgabe** **Anzeigerpreis:** Die Sp. 34 mm breit und 20 mm hoch (10 Sp. 34 mm breit und 20 mm hoch) 100 Hektogramm 1,00 A. Hektogramm von 1000 Hektogramm 1,00 A. **Geschäftliche Berlin:** Bernburger Str. 80. Fernruf 101 Kurier Nr. 6290. Elvete Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Soale

Im Kreuzfeuer der Rivalen

Englands Fickzackpolitik zwischen Amerika und Japan

Chamberlain über das japanische Bündnis

London, 28. Juni.

Im Unterhause fragte ein Abgeordneter, ob die britische Regierung die Regierung der Vereinigten Staaten durch eine diplomatische Note benachrichtigt habe, daß Großbritannien im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges auf keinen Fall Japan unterstützen werde. Chamberlain antwortete, die Regierung der Vereinigten Staaten sei so vollkommen auf dem Laufenden bezüglich der tatsächlichen Verhältnisse, daß man es nicht für notwendig gehalten habe (!), sie darüber durch eine amtliche Note zu unterrichten. Weiter fragte Sir John Dimsdale, ob die Politik der Regierung, frühere feindliche Schiffe, die der britischen Regierung angeteilt wurden, nur an britische oder alliierte Staatsangehörige zu verkaufen, anvisieren werden sei, und, wenn ja, welche neue Politik angenommen worden sei. Er fragte ferner, ob vor dem Verkauf von zehn früheren deutschen Schiffen, die kürzlich an Deutsche verkauft seien, irgendwelche Verträge gemacht worden seien, sie an alliierte oder neutrale Staatsangehörige zu verkaufen, und ob beabsichtigt sei, noch andere frühere deutsche Schiffe an Deutsche zu verkaufen. Sir William Thomson erwiderte, die Umstände, unter denen der Verkauf von zehn deutschen Schiffen erfolgt ist, seien wohl bekannt. Bis zum 30. Juni seien nur britische und alliierte Firmen zu Angeboten auf deutsche Schiffe aufgefordert worden, aber von diesem Datum an werde man auch Angebote von fremden Firmen empfangen.

Unstimmigkeiten auf der britischen Reichskonferenz

London, 28. Juni.

Wie die „Morning Post“ meldet, machte Lloyd George in der gestrigen Sitzung der Reichskonferenz ausführliche vertrauliche Mitteilungen über die gesamte auswärtige Politik der britischen Regierung. Wahrscheinlich werde heute mit den Beratungen über die geplante Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages begonnen werden. „Daily Express“ zufolge hat die britische Regierung

vorgeschlagen, daß der Bündnisvertrag vom Juli ab weitere drei Monate in Kraft bleibe, während die Konferenz der Dominion-Premierminister ihre Erörterung über die Frage abschließen.

Die Konferenz der Dominions setzte gestern die Erörterung über den Bericht Lord Cursons über die auswärtige Politik Englands fort. Lloyd George hielt eine ausführliche Rede, die wiederholt unterbrochen worden sein soll. Ein Bericht über den Inhalt liegt nicht vor. Jegende Resolution wurde nicht getroffen. Ueber die Tagesordnung der folgenden Sitzungen konnte bisher keine Einigung zustande kommen. Einzelne Mitglieder wünschen, daß der englisch-japanische Bündnisvertrag, die Verjährung und die englisch-amerikanische Frage gemeinsam erörtert werden. Andere wünschen, daß der englisch-japanische Bündnisvertrag mit der Frage der Seeräubereien zusammen besprochen werden solle. Eine dritte Gruppe bringt darauf, daß die Erneuerung des englisch-japanischen Vertrages als selbständiger Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werde. Der Sekretär der Konferenz wurde eingeladen, für heute die endgültige Liste der Fragen aufzustellen, die zur Erörterung kommen sollen. Es ist wahrscheinlich, daß heute zunächst der englisch-japanische Vertrag besprochen werden wird und daß die Verhandlungen entweder von Lord George oder von Lord Curson eingeleitet werden.

Lloyd George teilte in einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage eines Unterhausmitgliedes mit, daß der jetzt in Genf tagende Rat des Völkerbundes, angelehnt der Haltung der Vereinigten Staaten in der Mandatsfrage, eine Konferenz zwischen den Mandatarstaaten und den Vereinigten Staaten vorschlagen habe.

„Exchange Tel. Comp.“ meldet aus New-York: Eine offizielle Nachricht aus Tokio stellt mit, daß Japan damit umgeht, die Initiative für eine Regelung der Rüstungen Englands, Japans und Amerikas im Stillen Ozean in Erwägung zu ziehen. In dieser Richtung wird auch von der Bestellung eines konstanten Gleichgewichts der Mächte im Stillen Ozean gesprochen. Im Zusammenhang mit dieser Nachricht ist es interessant, daß die japanische Regierung eine Zeitung in Tokio unterdrückt hat, weil sie die Verhandlungen in England über die Erneuerung des Bündnisses erörtert hat. Die japanische Regierung hält die Lage für so heikel, daß sie der japanischen Presse jede Besprechung auf diese Verhandlungen verboten hat. Es läßt sich in diesem Moment nicht beurteilen, ob die Initiative Japans ein Entgegenkommen an die Verhältnisse (eine Hardings) darstellt oder ein Versuch Englands und Japans ist, die Initiative auf ihre Seite zu ziehen.

Zweieinhalb Jahre sozialdemokratischer Regierung in Deutschland

Von Wolfgang Eifenhardt.

Wenn wir von einer zweieinhalbjährigen sozialdemokratischen Regierung in Deutschland sprechen, so könnte dagegen scheinbar der Widerspruch erhoben werden, daß doch unsere Regierung weder im Reich noch in Preußen in diesen letzten Jahren seit der Revolution bloß aus Sozialdemokraten zusammengesetzt gewesen ist, vielmehr auch die Zentrumspartei und die demokratische Partei, später auch die deutsche Volkspartei an der Regierung beteiligt gewesen sind. Dadurch entsteht der Schein, als wenn die Regierung immer eine überwiegend bürgerliche gewesen wäre.

Und doch ist dies ein Irrtum. Denn für die Bewertung einer Regierung kommt es weniger darauf an, aus welchen Parteien sie zusammengesetzt ist, als vielmehr darauf, welchen Kurs sie steuert, bezüglich, welchen Klassen politischen Einflüssen sie unterliegt. Und da kann es doch kein Zweifel sein, daß dieser Kurs bei allen Regierungen, mit denen Deutschland seit anderthalb Jahren beglückt wurde, ein solcher gewesen ist, der in allererster Linie Rücksicht nimmt auf die von der Sozialdemokratie beherrschten und von ihr geleiteten Massen.

Zunächst in der auswärtigen Politik. Die Sozialdemokratie ist Gegnerin jeder kraftvollen nationalen Staatskunst und beweist ihre gläubigen Anhänger auf die große Verdrößerung der Räder, welche die Sozialdemokratie zustande bringen werde. In diesem Geiste hat man in Deutschland seit der Revolution auswärtige Politik betrieben. Nirgends finden wir bei den Männern dieser neuesten Zeit, die unsere Geschichte leider kennen, auch nur eine Spur von nationalem entschlossenen Willen, von jenem starken nationalen Selbstbewußtsein, wie es dem Franzosen, Engländer, Nordamerikaner usw. selbstverständlich ist. Ein deutliches Interesse nach dem anderen wird seit der Revolution Kampfs auf das Drängen unserer Feinde preisgegeben; frupplos werden auch die bärtesten Bedingungen unterzeichnet. Ein bloßes Stirnrunzeln der feindlichen Staatsmänner genügt, um unsere Regierungen auch die letzten Reste deutscher Wehrmacht beilegen zu lassen, auch so solche Feindselbungen im Verlaufe der Friedensverträge nicht die geringste Begründung finden. Die völlige Gleichgültigkeit, ja Feindseligkeit der Sozialdemokratie gegen Deutschlands Wehrmacht, welche diese Partei seit fünfzig Jahren gezeigt hat, scheint auch alle los bürgerlichen demokratischen Parteien ergriffen zu haben. Während jedem Patrioten sich heute das Herz im Leibe umdreht, wenn er sieht, wie unsere Feindungen entworfen, die Geschäfte, unsere Flugzeuge dem Feinde ausgeliefert werden, wie man uns gegenüber der polnischen Freiheit immer wehrloser macht, hören wir von unseren Ministern darüber auch nicht ein Stöhnenswörtchen des Bedauerns. Nirgends ist bei ihnen ein Ton wäterländischen Empfindens, nirgends ein Schrei der Entrüstung zu vernehmen, wie ich ihn selbst bei vielen Arbeitern gehört habe, die sich von der Sozialdemokratie noch nicht um alles gesunde Empfinden hatten bringen lassen.

Man sieht: auch unsere bürgerlich-demokratischen Parteien sind heute ganz und gar beherrschet von dem Geiste der Sozialdemokratie, d. h. der Gleichgültigkeit gegen den nationalen Gedanken.

Und wie mit der auswärtigen Politik, so ist es auch mit der inneren Politik. Es ist seit zweieinhalb Jahren auch nicht ein einziges Gesetz erlassen, nicht eine einzige Regierungsverordnung herausgegeben, die nicht durchdringt gewesen wären mit sozialdemokratischem Geiste. Überall ist nicht die Rücksicht auf das Bürgerrecht und die oberen und mittleren Stände, sondern die Rücksicht auf die Arbeiter der leitende, durchschlagende Gedanke gewesen. Man fragt nicht mehr, wie bringen wir Deutschland wieder empor, wie ermuntern wir die Arbeitsfreudigkeit und den Eifer, wie erziehen wir unser verblühtes Volk wieder zur Selbstsicht, zum Ordnungssinn, zur Gemütskraft und Zufriedenheit? Sondern man fragt vor allem: Wie stoßen wir dem Arbeiter den Mund? Wie machen wir es, daß er uns keine Opposition macht, wie schämen wir uns vor einer neuen sozialen Revolution? Und zwar nimmt man hierbei nicht nur Rücksicht auf die gemäßigten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, sondern es ist die Furcht vor der Straße, vor dem Wobben der Sozialdemokratie, welche unsere bürgerlich-demokratischen Parteien fälschlich beherrscht.

Auf das Bürgerrecht dagegen und die übrigen Klassen glaubt man keine Rücksicht nehmen zu brauchen. Die machen ja keine Revolution, bringen es ja nicht einmal zu einer geschlossenen Organisation, die gefährlich werden könnte.

Der Niederlassung dieser einseitigen von den Arbeiterinteressen oder richtiger ausgedrückt von den in der Sozialdemokratie herrschenden Ansichten beeinflussten deutschen Regierungen ist eine Wirtschaft- und Steuerpolitik, die im

Die Entscheidung erst in Monatsfrist

Doppeln, 28. Juni.

Aus einer Mitteilung der Interalliierten Kommission geht hervor, daß die Beratungen des Obersten Rates über die Bildung des obersten Gerichtshofes am 15. Juli ihren Anfang nehmen und bis zum 20. Juli beendet sein werden. Reinesfalls werde die Ungewißheit über das Schicksal Oberstelebens länger andauern, als bis zu diesem Datum. Die Entscheidung des Obersten Rates wird unmittelbar nach ihrem Eingehen in Doppeln durch die Interalliierte Kommission der Öffentlichkeit übergeben werden.

Ueberfall auf Bahnhof Gießhübel

Doppeln, 28. Juni.

Aus Gießhübel wird berichtet, daß in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag nach festlichem Geheißener morgens um 9 Uhr ein politischer Anschlagsversuch in den Bahnhof eintrat, bei dem eine Bombe in die Luft explodierte. In kurzer Zeit besetzten die Insurgenten die Bogenschützen der Eisenbahn, die staatlichen Güterwerte und das der Oberstelebens Eisenbahnbediensteten-Assoziation gehörige Stahlwerk. Die Verhältnisse wurden dem deutschen Beobachter durch englisch besetzte. Die deutschen Arbeiter gegen geschossen auf den Insurgenten und besetzten die Stationen und hinter auch die Insurgenten zum Eingreifen. Nach dem Bericht des Augenzeugen haben die Insurgenten auf die Werke geschossen, dagegen auf die Polen lediglich mit Revolvern geschossen. Vier Angehörige des deutschen Stahlwerkes und zwei Arbeiter sind in den Augen der Insurgenten und vier weitere polnische Beschäftigten zum Tode. Die deutsche Bevölkerung der sich eine ungeheure Erregung bemächtigt hatte, verjammelte sich vor der Wohnung des Stahlkommandeurs, und verlangte energisches Eingreifen. Daraufhin leitete der französische Kommandeur Verhandlungen mit den Insurgenten ein, und um 11 Uhr abends ließen sich die Polen zurück, den Rückzug anzuordnen. In den von ihnen besetzten Werken haben die Insurgenten die Häuser gebaut, die Einrichtungen zum Teil zerstört und die Ruinen angedeutet. Der dadurch den

oberstelebens Wirtschaftskörper gesungelte Schaden läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Das italienische Botschaftsamt soll nach Beobachtungen versetzt werden. Dafür sollen Franzosen nach Moskau kommen. Die Bevölkerung ist in ungeheurer Erregung, weil sie berechtigten Grund zu der Annahme hat, daß die Franzosen alsdann die Stadt Bratislava den politischen Insurgenten in die Hände spielen wollen.

Dr. Rosen im Auswärtigen Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss ist gestern im Reichstage zusammengetreten. Von der Regierung wohnten der Sitzung der Reichskanzler Dr. Wirth, Außenminister Dr. Rosen und Staatssekretär von Saniel bei. Zur Erörterung standen Oberstelebens und die Sanktionen Außenminister Dr. Rosen gab ein Exposé über den augenblicklichen Stand der beiden Fragen.

Eigentlicher Zweck der Aussprache war eine Einigung darüber, ob die vorliegenden Interpellationen betreffend Oberstelebens und die Sanktionen im Plenum des Reichstages verhandelt werden sollen oder nicht. In Bezug auf die erstgenannte Interpellation blieb es bei dem Uebereinkommen, von einer Berührung im Plenum zunächst abgesehen. Die Interpellation über die Sanktionen aber soll im Laufe dieser Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden. Bei allen Parteien besteht der Wunsch, von der Tribüne des Reichstages aus mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Fortbauer der Regelung von Mitteldeutsch, Ostpreußen und Kulurost, die von vornherein dem Vertrage von Versailles widersprach, jetzt nach der Annahme des Ultimatus eine durch nichts zu beschönigende Maßnahme, die raschstens beilegt werden muß.

Es soll vor allem auf den schweren wirtschaftlichen Schaden hingewiesen werden, der durch die Regelung der drei Städte der deutschen Wirtschaft andauernd eingeleitet wird.

